Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1931

7.8.1931 (No. 182)

Visual Library

Nr. 182 — Freitag, den 7. August 1931 — 174. Jahrgang

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 Fernsprecher Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. Amend, Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Der Besuch in Rom

Eintreffen der deutschen Minister

WTB. Rom, 7. Aug. (Tel.) Reichskanzler Brüning und Reichsaußenminister Curtius trafen in Begleitung des deutschen Botschafters in Rom, Dr. von Schubert, um 8.15 Uhr hier ein. Zum Empfang hatten sich u. a. Mussolini, Außenminister Grandi, Unterstaatssekretär Giunta, das gesamte Personal der deutschen Botschaft eingefunden.

Die deutschen Staatsmänner haben bei ihrer Ankunft in Rom, die pünktlich um 8.15 Uhr erfolgte, einen sehr würdigen Empfang erhalten. Schon eine Viertelstunde vor Ankunft war der Chef der italienischen Regierung, Mussolini, auf dem Bahnhof erschienen. Bis zum Eintreffen des Zuges unterhielt sich Mussolini angelegentlich mit dem italienischen Botschafter in Berlin, Orsini **Baroni**. Nach Einlaufen des Zuges ging Mussolini sofort auf die Gäste zu, um sie in deutscher Sprache freundschaftlich zu bewillkommnen. Auf dem Bahnhofsplatz hatte sich hinter den in Galauniform aufgestellten Carabinieris eine stattliche Menschenmenge eingefunden, die durch wiederholtes Händeklatschen und Zurufe den deutschen Staatsmännern ihren Gruß entbot. Zahlreiche Photographen und Filmoperateure haben den Empfang im Lichtbild festgehalten. Die deutschen Regierungsvertreter verabschiedeten sich hierauf von ihren Gastgebern und begaben sich ins Grandhotel, von wo sie sich nach einer kurzen Pause gegen 10 Uhr zum **Besuch Mussolinis in den Palazzo Venezia** begaben.

Eine Erklärung des Reichskanzlers bei seiner Ankunft

WTB. Rom, 7. Aug. (Tel.) Anläßlich der Ankunft hat Reichskanzler **Brüning** der Agenzia Stefani eine Erklärung übergeben, in der es heißt: „Die Tatsache, daß mein Kollege Curtius und ich die Reise nach Rom in einer Zeit angetreten haben, in der Deutschland unter Aufbietung aller Kräfte um Sicherung seiner wirtschaftlichen und politischen Existenz ringt, zeigt, wie ungemein wichtig uns die **persönliche Berührung** und der **vertrauensvolle Gedankenaustausch** mit den leitenden Männern des heutigen Italien, insbesondere dem hervorragenden Chef der italienischen Regierung, erscheint. Das deutsche Volk hat in seiner schweren wirtschaftlichen und politischen Lage die italienische Anteilnahme warm empfunden, die sich in der **schnellen und bedingungslosen Annahme** und praktischen Durchführung des **Hoover-Gedankens** gezeigt hat. Im Zuge der freundschaftlichen internationalen Aussprache, die in Chequers begonnen und ja auch bereits zu einem Zusammentreffen mit dem Außenminister Grandi geführt hat, wollen wir sowohl die Fragen besprechen, die Deutschland und Italien gemeinsam interessieren, als auch alle diejenigen Probleme erörtern, die zu lösen sind, um nicht nur Deutschland allein, sondern auch **Europa** die Möglichkeiten zu freier Arbeit, zu wirtschaftlichem Gedeihen und zur Heilung der Wunden zu geben, die die schweren Ereignisse der letzten zwei Jahrzehnte hinterlassen haben."

Die Finanzlage des Reichs

„Die Irrtümer des Herrn Dr. Quaatz"

Die „Germania" beschäftigt sich in ihrer heutigen Freitagsausgabe in einem Artikel, der die Überschrift „Die Irrtümer des Herrn Dr. Quaatz" trägt, mit den Darlegungen, die der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Dr. **Quaatz** am 3. Aug. in der „Deutschen Zeitung" veröffentlicht hatte. Die „Germania" widerlegt folgende vier Irrtümer des Abg. Dr. Quaatz:

1. Die **schwebende Schuld des Reiches** hat sich seit dem Vorjahre um rund 229 Millionen **vermindert**.

2. Die Behauptung, daß das **Defizit der Reichsbahnen** im Jahre 1930 etwa 600 Millionen Reichsmark betragen hat, ist unzutreffend. Laut Geschäftsbericht der Reichsbahn-Gesellschaft, ist im Geschäftsjahr 1930 bei der Betriebsrechnung ein Fehlbetrag von 180 Millionen Reichsmark entstanden, der nebst den sonstigen Mehrausgaben der Reichsbahn abgedeckt worden ist, so daß das **Geschäftsjahr 1930** in der Gesamtabrechnung einen Überschuß ergeben hat.

3. Die Behauptung des Abg. Dr. Quaatz, daß das Reich die **Überweisungen an die Länder** nicht mehr regelmäßig zahlen könne, ist in dieser Allgemeinheit nicht richtig. Bis zum Juli 1931 sind die Überweisungen sämtlich regelmäßig erfolgt. Infolge der **Stockung des Zahlungsverkehrs** im Juli hat sich das **Auseinanderziehen der Zahlungstermine** als notwendig erwiesen. Das gleiche wird in diesem Monat der Fall sein. Diese Abweichungen haben aber ihren Grund nicht in einer Zahlungsunfähigkeit des Reiches.

4. Herr Dr. Quaatz errechnet für das Steueraufkommen des Reichs im **laufenden Finanzjahr** einen **Fehlbetrag** von fast 1,75 Milliarden Reichsmark. Diese Berechnung geht fehl, denn sie läßt die Tatsache unberücksichtigt, daß im Haushaltssoll Einnahmen veranschlagt sind, die erst in den kommenden Monaten des Rechnungsjahres fließen werden, so zum Beispiel die Krisensteuer mit 385 Millionen und die Aufbringungsumlage mit 180 Millionen Reichsmark. Bei den Zöllen fehlen außerdem in dem von Dr. Quaatz berücksichtigten ersten Vierteljahr die aufgeschobenen Tabaksteuern.

Kein Reichskredit für die Kommunen. Zu Meldungen, daß das Reich einen Kredit für die Kommunen in Höhe von 80 Millionen Reichsmark bereitstelle, wird aus Berlin mitgeteilt: Diese Nachricht ist in dieser Form, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, nicht zutreffend. Die Frage der Finanzierung der Gemeinden ist an den zuständigen Stellen zur Zeit noch nicht erörtert worden.

Letzte Nachrichten

Der Reichspräsident für Aenderung der Pressenotverordnung

Der Aufruf der preußischen Staatsregierung

WTB. Berlin, 7. Aug. (Tel.) Der Herr Reichspräsident läßt auf die ihm heute zugegangenen zahlreichen telegraphischen Anfragen mitteilen, daß die Anordnung der Veröffentlichung der gestrigen Kundgebung der preußischen Staatsregierung (siehe an andrer Stelle des Blattes) **ihm Veranlassung gegeben hat, die Reichsregierung um Vorschläge zur Änderung der Verordnung vom 17. Juli 1931 zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen zu ersuchen.**

Die Reichsregierung wird unverzüglich solche Vorschläge dem Herrn Reichspräsidenten unterbreiten.

Bayerischer Protest gegen die Pressenotverordnung

CNB. **München**, 7. Aug. (Priv.-Tel.) Der Vorstand der **Landesarbeitsgemeinschaft der bayrischen Presse** hat an das Präsidium der Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse in Berlin folgendes Telegramm gerichtet:

„Das Diktat der preußischen Staatsregierung, mit dem sie 2000 Zeitungen in Preußen unter Hinweis auf die Pressenotverordnung der Reichsregierung vom 17. Juli 1931 gezwungen hat, eine Stellungnahme der preußischen Regierung zum Volksentscheid abzudrucken, stellt einen **unerhörten Mißbrauch der Pressenotverordnung** dar. Die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse hat in ihrer Kundgebung an die Reichsregierung bereits auf die unabsehbaren Folgen der Einschränkung der Pressefreiheit durch diese Notverordnung hingewiesen. Hier zeigt sich schon bei einer der ersten Anwendungen der Notverordnung, welche tyrannischen Möglichkeiten mit dieser Waffe geschaffen sind. Da persönliche Sicherheiten gegen solche Vergewaltigung nicht gegeben werden können, ersucht die Landesarbeitsgemeinschaft der bayrischen die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse, sofort auf **Aufhebung der ganzen Notverordnung** zu drängen."

Vor Freigabe der Devisen für den Warenverkehr

CNB. Berlin, 7. Aug. (Priv.-Tel.) Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, finden zur Zeit Verhandlungen statt, um die Devisenbeschaffung für den Warenverkehr baldmöglichst wieder freizugeben. Es ist zu hoffen, daß die Verhandlungen heute abend zu einem Abschluß gelangen werden, so daß die Devisenbeschaffung für den Warenverkehr von morgen ab wieder frei sein wird.

Die Ausreise nach dem Saargebiet

M. Berlin, 7. Aug. (Priv.-Tel.) Wie mitgeteilt, ist die Ausreise nach dem Saargebiet von der 100-Reichsmark-Gebühr für Auslandsreisen frei. Es wird dazu nun noch bekanntgegeben, daß ein Mißbrauch diese Freiheit durch Weiterreisen mit Geldstrafen bis 1000 RM. und Gefängnis bedroht ist.

Vor der Stillegung der Dillinger Hütte

Unerhörter radikaler Terror

CNB. **Dillingen**, 7. Aug. (Priv.-Tel.) Auf der Dillinger Hütte, deren Belegschaft nach der Aussperrung vom 21. Juli sich in ihrer großen Mehrheit bereit erklärt hatte, zu arbeiten, kann der Betrieb immer noch nicht in vollem Umfange aufgenommen werden, weil die **Kommunisten und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition durch Terrormaßnahmen** die Arbeitswilligen von den Betrieben fernhalten. Von der 5000 Mann starken Gesamtbelegschaft sind gestern nur 420 Mann zur Arbeit erschienen. Der Schutz der Landjäger hat sich als völlig unzureichend erwiesen. In dem Ort Diefflen wurden die dort stationierten Landjäger **beschossen** und mit Steinen beworfen; die Beamten erwiderten das Feuer, zogen sich dann aber zurück, worauf die Menge das **Haus des Ortslandjägers zu zerstören** begann. Mit der blanken Waffe mußten die Unruhestifter auseinander getrieben werden. Ähnliche Vorfälle ereigneten sich in Düppenweiler, während in Roden ein Hüttenmeister und an anderen Stellen christliche Gewerkschaftsbeamte niedergeschlagen wurden.

Der Aufsichtsrat der Dillinger Hütte beabsichtigt nunmehr, **die Hütte gänzlich stillzulegen**, nachdem bereits ein Hochofen zum Erliegen gekommen ist.

Erneute Haussuchung bei der Amtorg in Buenos Aires

WTB. Buenos Aires, 7. Aug. (Tel.) Die Polizei nahm in den Büros der hiesigen **Zweigstelle der Amtorg**, der **Sowjethandelsstelle in Amerika**, erneut eine **Durchsuchung** vor und verhaftete das **gesamte Personal** in Stärke von **160 Personen**. 49 Angestellte wurden wieder freigelassen, weil sich die gegen sie erhobene Beschuldigung des Dumpings nicht aufrechterhalten ließ. Die übrigen Angestellten wurden **wegen Sowjetpropaganda** in Haft behalten.

Wirtschaftliche Umschau

Die Flüssigmachung der Sparkassen — Kontrolle der Banken

Die deutschen Sparkassen haben sich eine besondere Vertrauensstellung im deutschen Publikum erworben, 18 Millionen Sparer hatten in ihnen einen Einlagebestand von fast 12 Milliarden Reichsmark niedergelegt, der jetzt auf etwas über 11 Milliarden gesunken ist. Es ist ja nicht mehr so, daß wie am 12. Juli, als die Illiquität der Danatbank bekannt wurde, viele Sparer einfach Angst um ihr Geld bekamen und eine große Menge, auch durch politische Verhetzung ängstlich gemachter Menschen, ihr Geld abheben wollte, um es im Sparstrumpf zu verwahren. Während sich unter den damaligen Angstabhebern nur wenige befanden, die das Geld wirklich im Augenblick benötigten, sind nun die überflüssigen Angstabhebungen sicher sehr zurückgegangen, wofür aber der **tatsächliche Bedarf** anschwoll und ferner auch noch ein durch die Auszahlungsbeschränkungen entstandener, zwangsweise aufgeschobener Bedarf bei einzelnen Sparern vorhanden ist. Wir wiesen an dieser Stelle schon darauf hin, daß ja nicht alle Gelder auf die Sparkassen getragen werden, um einmal in späteren Jahren einen Notgroschen zu finden, sondern, daß viele Sparer ihre Gelder zum Teil auch als kurzfristige Anlagen betrachten, auf die sie jederzeit — natürlich im Rahmen der ihnen bekannten Bedingungen der Sparkassen — zurückgreifen können. Dazu kommt die steigende wirtschaftliche Not immer breiterer Schichten und außerdem auch die gegenwärtige Urlaubszeit. Es ist sicher, daß viele längst wieder Einlagen gemacht hätten, wenn sie nicht hätten befürchten müssen, solche kurzfristigen Einlagen nicht prompt wiedererhalten zu können, sobald sie sie brauchen. So wirkte sich die Sachlage dahin aus, daß gewiß recht erhebliche Summen unnötig in den Schubladen liegen, ohne daß deren Besitzer Angst um ihr Geld bei Anlage in den Sparkassen hätten. Die Sparer verlangten die Gewißheit, daß sie ihr Geld jederzeit in der in den Satzungen vorgesehenen Höhe wieder abheben können, anders schien es unmöglich, das Neueinzahlungsgeschäft wieder in Gang zu bringen.

Die Sparkassen wurden gegenüber den Banken durch die letzten Notverordnungen stark benachteiligt, da das Schwergewicht ihrer Tätigkeit natürlich bei den Sparkonten liegt. Ihre Auszahlungen waren bis heute, Freitag weiter beschränkt (50 *RM* pro Konto). Sie müssen aber aus den oben erwähnten Gründen ihren Kredit im Publikum wieder herstellen und das Einlagegeschäft wieder normal in Gang bringen und verlangten Maßnahmen der Reichsbank, um möglichst bald die Vollauszahlung durchführen zu können. Das war nur möglich, wenn das Reich ihrer Zentralorganisation für diesen Zweck einen Kredit zur Verfügung stellt, der von den Sparkassen selbst auf eine halbe Milliarde Reichsmark beziffert wird. Dann gelänge es ihnen, so erklärten sie, ihre Auszahlungen nach den bisherigen Bestimmungen der Mustersatzung für Sparkassen (sofortige Auszahlung von 300 *RM* jederzeit, höhere Beträge sind an monatliche bzw. vierteljährliche Kündigung gebunden) durchführen zu können. Die Reichsbank hat sich diesen Argumenten nicht verschlossen, und nach den Erfahrungen mit dem freien Verkehr der Banken eine **Kredithilfe** in einer Höhe **zugesagt**, die den Sparkassen die volle satzungsmäßige Auszahlung von morgen ab ermöglichen soll. Die neu gegründete **Akzept- und Garantiebank** soll Wechsel der Sparkassen und Girozentralen hereinnehmen, und diese können dann bei der Reichsbank rediskontiert werden.

Der Monat Juli weist zum erstenmal im ganzen Reich einen durchschnittlichen **Rückgang der Einlagen** der Sparkassen auf, worin sich die schwierige Wirtschaftslage breiter Schichten auswirkt. Während die Spareinlagen im Reich Ende Mai 11¼ Milliarden betrugen, sind sie im Juni auf etwas über 11 Milliarden zurückgegangen. Eine Erscheinung, die also vor der akuten Finanzkrise einsetzte und somit nicht auf eine eigentliche Unruhe des Sparerpublikums, sondern eben in der Hauptsache auf dessen Geldbedarf zurückzuführen ist. Besonders stark ist der Rückgang der Spareinlagen in **Baden**. Sie sind von 587,7 auf 577,7 Mill., also etwas über 10 Millionen gegen den Mai zurückgegangen. Baden steht mit diesem Rückgang unter den süddeutschen Ländern an erster Stelle, da Bayern und Württemberg nur Rückgänge von 4,5 bis 5,4 Millionen aufweisen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Diese Situation rollte auch die Frage der **Gemeindekredite** auf, da die Sparkassen alle flüssigen Mittel, die ihnen zur Verfügung gestellt werden, im wesentlichen dazu reservieren müssen, das Sparpublikum erforderlichenfalls befriedigen zu können. Dies ist ja für sie die Lebensfrage, da sie in erster Linie Treuhänder und Verwalter des Sparkapitals sind. Es wurde sogar die restlose Loslösung aller Sparkassen und Girozentralen von jeglicher Bindung mit den Gemeindefinanzen verlangt, eine Forderung, der eine Notverordnung insoweit nachkam, als sie zunächst die **kommunalen Kredite** im Interesse der Sparer **sperrte.** Dies geschah im Hinblick darauf, daß die Sparkassen mit sehr erheblichen Beträgen auf diesem Gebiet schon festliegen und sich besonders im Rheinland daraus sehr erhebliche Schwierigkeiten ergeben. Auf die **Gemeinden** hat eine solche Sperre natürlich sehr ernste Rückwirkungen, und es wird für sie ein Überbrückungskredit des Reiches vorgeschlagen.

*

All die **„technischen Maßnahmen"** zur Wiederordnung des Zahlungsverkehrs und zur Sicherung der Währung brachten natürlich **erhebliche Härten** mit sich, die den volkswirtschaftlichen Erfolg schließlich wieder in Frage stellen müßten, werden sie nicht **dauernd den Bedürfnissen der Volkswirtschaft angepaßt** und, wo es nur angeht, gemildert. Nachdem die Ingangsetzung des normalen Zahlungsverkehrs den Besitzern von Einlagen schon geholfen hat, wird man auch wieder mehr an die **Kreditbedürfnisse der Wirtschaft** und an möglichst baldigen Abbau des **Reichsbankdiskonts** denken müssen, der ja in den Tagen der schärfsten Krise die beabsichtigte Wirkung gehabt hat. Ein längeres Festhalten an einem Diskontsatz in der gegenwärtigen Höhe müßte viele Firmen und Geschäftsleute mit dem Zusammenbruch bedrohen und die gesamte Wirtschaftslage unheilbar verschlimmern. Die in der Schuld der Banken stehenden Geschäftsleute sind auch darüber sehr beunruhigt, daß sie Wechsel unterschreiben sollen, von denen sie nicht wissen, wann sie präsentiert werden und ob sie sie einlösen können. Daß die volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten von den Reichsstellen beachtet werden, zeigt übrigens auch die nun vorgenommene Lockerung der Devisenbewirtschaftung, der hoffentlich weitere Erleichterungen für die Wirtschaft folgen werden und können.

*

In seiner Rundfunkrede hat der Reichskanzler angekündigt, daß die Reichsregierung den grundsätzlichen Entschluß gefaßt habe, **das Bankwesen unter Reichsaufsicht** zu stellen. Wahrscheinlich wird man eine unabhängige, aber der Reichsbank angegliederte Aufsichtsstelle schaffen, die den Banken das Risiko in der Geschäftsführung nicht abnehmen, dagegen die Belange der deutschen Volkswirtschaft wahren soll. Damit ist gewiß nicht die schon geforderte Gesamtsozialisierung oder Verstaatlichung des deutschen Bankwesens ausgesprochen, aber auf anderem Weg ist etwas Ähnliches möglicherweise eingeleitet. Um eine Katastrophe im deutschen Wirtschaftsleben zu vermeiden, war das Reich gleich am Anfang dieser Krisentage genötigt, die Garantie für die Einlagen der **Darmstädter und Nationalbank** zu übernehmen, während sie am Ende der eigentlichen Krisentage eine Aktion für die schließlich gleichfalls bedrohte **Dresdner Bank** in die Weg leiten mußte. Es handelt sich im ersten Fall um 200 Millionen, bei der Dresdner Bank um 300 Millionen Reichsmark, also im ganzen um eine halbe Milliarde. Bekannt ist es, daß die Voraussetzungen für diese Hilfsaktionen grundverschieden sind und daß auch verschiedene Wege eingeschlagen wurden. In beiden Fällen wird es aber notwendig sein, daß sich das Reich für **die Hergabe solch außerordentlich großer Summen auch den entsprechenden Einfluß** bei diesen beiden Großbanken sichert, der naturgemäß erheblich über das bloße Kontrollrecht hinauszugehen hat, wie es in den eingangs erwähnten Plänen der Reichsregierung ausgesprochen scheint. Es wäre natürlich möglich, daß sich das Reich wieder allmählich von diesen Engagements, natürlich unter gründlichen Sicherungen, loslöst, während im anderen Fall tatsächlich die Verstaatlichung oder besser **Verreichlichung** des Bankwesens auf dem Marsche wäre. Es sind hierbei jedoch auch Gefahren zu beobachten, die sich aus der an und für sich schon weit genug fortgeschrittenen **Zentralisierung des Geldwesens in Berlin** ergeben, und besonders bei uns in Süddeutschland dauernde Aufmerksamkeit verdienen.

Bei der **Danatbank,** für deren Gläubiger die Garantien noch erheblich erweitert wurden, will das Reich allerdings die **Industrie** als Besitzer der Aktienmajorität einschieben. Es handelt sich hier im wesentlichen um die westdeutsche Groß- und Schwerindustrie. Zunächst aber muß das Reich diese Transaktion fundieren und den Erwerbern den Kaufpreis vorstrecken, und es sind die Forderungen begreiflich, daß sich das Reich bis zur tatsächlichen Übernahme der Aktienmajorität bei der Danatbank durch die Industrie zunächst einmal selbst den nötigen Einfluß sichern müßte. Auch darf die Transaktion kein Geschenk aus öffentlichen Mitteln an eine große Interessengruppe werden, das zumal bei der gegenwärtigen Finanzlage untragbar wäre. Ganz anders ist die Hilfsaktion für die **Dresdner Bank** geartet. Während die Danatbank bei dem Zusammenbruch von Nordwolle die bekannten schweren Verluste erlitt und dadurch illiquid wurde, drohten der Dresdner Bank, die verhältnismäßig nur gering an Nordwolle beteiligt war, nur Schwierigkeiten. Hier will das Reich 300 Millionen Reichsmark **neue Vorzugsaktien** übernehmen, voll einzahlen und durch Schatzanweisungen mobilisieren. Es ist somit hier **ein direkter maßgebender Einfluß** mit Beteiligung vorgesehen, wobei zum mindesten eine ⅔-Majorität herauskäme. Die Dresdner Bank, eine der jüngsten deutschen Großbanken, hat bekanntlich im bürgerlichen Genossenschaftswesen großen Einfluß bekommen, und sich 1904 allmählich zu einem Zentralinstitut der genossenschaftlichen Volksbanken entwickelt.

Wir registrieren an dieser Stelle die Forderungen — die nicht von parteipolitischer Seite ausgehen — und sich **für Verstaatlichung der Großbanken** aussprechen, mit der Begründung, daß das Reich oder die Allgemeinheit doch immer einspringen müsse, um eine Wirtschaftskatastrophe zu vermeiden, falls einer Großbank das Falissement drohe. Es gehe nicht an, daß die Gewinne aus guter Zeit von Aktionären und der Verwaltung eingesteckt werden, während der Steuerzahler einzuspringen habe, wenn sich Verluste ergeben, die das Kapital aufzuzehren drohen. Die Großbanken seien an und für sich schon völlig einheitlich in ihrem Kreditgeschäft organisiert, und sie könnten so wie so, wenn sie vorsichtig arbeiten wollten — nicht wie die Danatbank — auch nicht anders operieren, als ein routinemäßig arbeitender Staatsbetrieb. Die individuelle Behandlung der Kundschaft bleibe schon längst den Privatbankiers vorbehalten, deren Stellung durch die Verstaatlichung der Großbanken eher gewinnen könne. Diese Verstaatlichung sei so in die Wege zu leiten, daß man die einzelnen Großbanken zu **Spezialinstituten,** für das Börsengeschäft, für Anleihen, für Industrie, für Agrarkredite, für den Mittelstand, für den Großhandel, für das Baufach usw. ausbaue. Von anderer Seite wird die Einrichtung einer Postsparkasse angeregt, welche Kontrollstelle für den kurzfristigen Kredit sein und mit der Reichsbank, den Großbanken und den Sparkassen zusammenarbeiten solle. Auch der Vorschlag der Schaffung einer Bank der Banken — nach dem Muster der amerikanischen Bundesreservebehörde — als Kontrollorgan ist aufgetaucht.

* *

Kurze Nachrichten

Gehaltszahlung am 10. August gesichert. Um einer Beunruhigung der Öffentlichkeit vorzubeugen, wird vom Reichsfinanzministerium ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Gelder für die am 10. August fällige zweite Rat der Beamtengehälter im Reichsfinanzministerium restlos zur Verfügung stehen.

Keine Krankenkassentagungen in diesem Jahre. Der Reichsarbeitsminister hat ein Schreiben an die Spitzenverbände der Krankenkassen gerichtet, in dem er empfiehlt, angesichts der gegenwärtigen Notlage Tagungen nach Möglichkeit nicht stattfinden zu lassen. Der Reichsarbeitminister bitte, in diesem Sinne auch auf die Unterverbände und die angeschlossenen Kassen einzuwirken.

Der Konflikt in der Wirtschaftspartei. Die Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) hat den preußischen Landtagsabgeordneten Dr. **Rhode,** der zusammen mit dem Wahlkreis Hessen-Nassau aus der Wirtschaftspartei und Mitglied des „Radikalen Mittelstandes" geworden ist, aufgefordert, sein Landtagsmandat niederzulegen. Dr. Rhode soll sich, wie die Wirtschaftspartei erklärt, ehrenwörtlich verpflichtet haben, sein Landtagsmandat niederzulegen, falls er aus der Wirtschaftspartei austreten würde.

Das Organ des Reichslandbundes, der „Reichslandbund", wurde von der preußischen Staatsregierung auf die Dauer von drei Wochen **verboten.** Das Verbot hängt mit dem Vorwurf des Reichslandbundes gegenüber der preußischen Regierung zusammen, daß diese die Osthilfe sabotiere.

Erneute Zunahme der Arbeitslosigkeit in England. Die Zahl der eingetragenen Arbeitslosen betrug am 27. Juli 2 713 350 Personen, was eine Zunahme um 52 617 gegenüber der Vorwoche, und um 701 883 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres bedeutet.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Amerika. Präsident Hoover gab Erklärungen über Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ab. Er sagte, die Reorganisation des Arbeitsvermittlungsdienstes habe während der letzten vier Monate dazu geführt, daß nahezu 640 000 Arbeiter Beschäftigung erhielten. Ferner erwähnte der Präsident 758 Pläne für öffentliche Arbeiten, deren Kosten auf 456 Millionen Dollars geschätzt werden.

Schließung der Petroleumquellen in Oklahoma. Der Gouverneur von Oklahoma erließ eine Verordnung, durch die 3106 Petroleumquellen in Oklahoma geschlossen werden. Die Maßnahme ist die Folge der Ankündigung des Gouverneurs, in der der Industrie angedroht wurde, daß in ganz Oklahoma alle Petroleumquellen geschlossen würden, falls bis zum 1. August der Petroleumpreis nicht auf einen Dollar gesenkt würde. Die Kontrolle wird von Militär ausgeübt.

Das Flugboot **„Do X"** ist auf seinem Flug Rio de Janeiro—New York am Donnerstag in **Natal** (Brasilien) eingetroffen. Von Natal startet es heute, Freitag, zum Weiterflug nach Para.

Der englische Flieger **Morrison,** der am 29. Juli in **Wyndam** (Australien) zu einem **Fluge nach England** aufgestiegen ist, landete Donnerstag nachmittag 15.30 Uhr in Croydon bei **London** auf dem Flugplatz. Die Flugzeit für die Strecke Australien—England betrug neun Tage und 60 Minuten. Mit dieser Leistung hat Morrison die von Scot im Juni aufgestellte Leistung um 46 Stunden geschlagen.

Die beiden amerikanischen Flieger Herndon und Pangborn sind in **Tokio** gelandet.

Toscanini in Bayreuth. Bei den Hauptproben für die Gedächtnisfeier zu Ehren Siegfried Wagners geriet Arturo Toscanini, als das Festspielorchester nicht seinem Stab folgte, derart in Erregung, daß er seinen Taktstock niederlegte und die Proben verließ. Bei der Gedenkfeier am Abend im Festspielhaus mußte der Teil, den Toscanini dirigieren sollte, ausfallen. Hierzu erklärt die Direktion des Festspielhauses, daß sich Toscianini durch die häufigen Proben und Aufführungen überanstrengt und nicht zuletzt auch durch die Erinnerung an den Todestag Siegfried Wagners deprimiert fühlte, so daß er auf seine Dirigententätigkeit vorübergehend verzichten mußte. Toscanini befindet sich jedoch wieder in besserer Stimmung und hat seine Dirigententätigkeit bereits wieder aufgenommen.

Der Volksentscheid in Preußen

Eine Kundgebung der preußischen Regierung

Die preußische Landesregierung hat der Presse eine umfangreiche Kundgebung zugehen lassen, wobei die **preußischen Zeitungen** unter Hinweis auf die **Bestimmungen der Pressenotverordnung aufgefordert wurden,** sie an der Spitze des Blattes in fetter Druckschrift zu veröffentlichen. In dieser Kundgebung wird Preußen als das „letzte große Bollwerk der Demokratie und Republik in Deutschland" bezeichnet und u. a. auch gesagt, daß ein Sieg des Volksentscheides das Vertrauen des Auslandes zu Deutschland zerstören und den Wiederaufbau der Wirtschaft schädigen könnte.

Von den Blättern der hinter der Regierung stehenden Parteien, die alle den Aufruf in großer Aufmachung bringen, enthält der „Vorwärts" einen Kommentar von zuständiger Stelle, in dem gesagt wird, daß sich die Regierung nur schweren Herzens dazu entschlossen habe, ihre Kundgebung unter Inanspruchnahme der Notverordnung zu veröffentlichen. Die Regierung erkenne das hohe Gut der Pressefreiheit an und werde nie ihre Hand zu einer Verschlechterung der Pressefreiheit und ihrer willkürlichen Einschränkung geben. In dem obwaltenden Falle aber habe sie die Gelegenheit ergreifen müssen, um zum ganzen Volke sprechen zu können.

*

Die Presse der hinter dem Volksentscheid stehenden Parteien nimmt in schärfster Form gegen den Aufruf und die Art der Verbreitung Stellung. Die meisten oppositionellen Blätter, insbesondere „Deutsche Zeitung" und „Berlin am Morgen", drucken den Aufruf zwar in Fettdruck, aber in einer sehr kleinen Schriftart. Die Entgegnungen werden von den Blättern der Opposition dagegen in größter Aufmachung mit Überschriften in Blockbuchstaben wiedergegeben.

Der „Stahlhelm" veröffentlicht ein Protestschreiben, das dem Reichskanzler noch vor seiner Abreise nach Rom übermittelt worden sei. Darin wird u. a. der Vorwurf gegen die preußischen Behörden erhoben, daß sie „unter Mißbrauch der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. März und entgegen den Ausführungsbestimmungen des preußischen Ministeriums" Sabotage des verfassungsmäßigen Volksentscheids betrieben. Der „Stahlhelm" sieht einen weiteren Grund zur Anzweiflung des Abstimmungsergebnisses in der „Sabotage des Volksentscheids durch amtliche Regierungsorgane".

Professor D. Dr. Kahl gegen den Volksentscheid

Nachdem am Donnerstag Universitätsprofessor Dr. **Graf zu Dohna** sich gegen den Volksentscheid ausgesprochen hat, sandte der Senior und Ehrenvorsitzende der Deutschen Volkspartei, Reichstagsabgeordneter Geheimrat Professor D. Dr. **Kahl** ein Telegramm an die „Kölnische Zeitung", das folgenden Wortlaut hat: „Den Ausführungen meines Freundes Dohna wegen Beteiligung der Deutschen Volkspartei am Volksentscheid am 9. August in der „Kölnischen Zeitung" stimme ich aus tiefster Überzeugung in vollem Umfange zu und halte nach der gesamten innen- und außenpolitischen Lage die Nichtbeteiligung für vaterländische Pflicht. gez. Kahl, M.d.R."

Die Liberale Korrespondenz erklärt dazu:

Geheimrat Dr. Kahl teile auf Anfrage mit, daß er in seinem Telegramm an die „Kölnische Zeitung" lediglich seiner persönlichen Überzeugung Ausdruck geben wollte aus dem Gefühl heraus, einer vaterländischen Pflicht zu genügen. Er habe aber nicht im Entferntesten daran gedacht, seinen Freunden in der Deutschen Volkspartei, die nach reiflichem Entschluß die Beteiligung am Volksentscheid für richtig hielten, irgendwie eine Verletzung vaterländischer Interessen zu unterstellen. Geheimrat Kahl teilt ferner mit, daß er von dem **Aufruf der preußischen Staatsregierung** mit **größtem Befremden** Kenntnis genommen habe, und daß er besonders den Zwang verurteile, den sie der Presse gegenüber anwendet, um kein parteipolitische Verlautbarungen zu verbreiten.

Kleine Chronik

Im **Bienwald** in der benachbarten Pfalz wurde auf der Heimfahrt von Karlsruhe ein Auto aus Herxheim bei Landau von drei Straßenräubern umringt und angehalten. Unter Bedrohung mit Schußwaffen wurden die Insassen zur Herausgabe ihres Geldes aufgefordert. Kaufmann Gilb aus Herxheim wurde mißhandelt. Der Autoinsasse Günther aus Herxheim schlug einen der Räuber mit einem Montierhebel nieder. Die beiden Genossen des Wegelagerers schleppten den Getroffenen in den Wald. Die Streifen der Gendarmerie waren bisher erfolglos.

In **Kaiserslautern** hatte eine hochbetagte Witwe ihre Ersparnisse in Höhe von 1200 *RM* auf Anraten von Verwandten zu Hause liegen lassen. Dieser Tage wurde ihr nun das **ganze Geld von Einbrechern** gestohlen. Die Geschädigte und ihre Verwandten, die sie so schlecht beraten haben, gehören zu den Kleinmütigen, die sich durch unvernünftiges Gerede anderer Leute oder durch übertriebene Ängstlichkeit dazu bringen ließen, die Ersparnisse lieber zu Hause aufzubewahren, als sie den Geldinstituten zur sicheren und zinsbringenden Verwahrung zu überlassen.

Bei Arbeiten zur Elektrifizierung der **Bodensee—Toggenburg-Bahn** sind im **Wasserfluh-Tunnel** bei der Station Lichtenstein **42 Arbeiter** stark **gefährdet** worden. Die Kolonne wurde durch zurückgebliebene Rauchgase derartig in Mitleidenschaft gezogen, daß nur ein einziger Arbeiter in völlig erschöpftem Zustand das Tunnelende erreichen und Alarm schlagen konnte, so daß die übrigen geborgen werden konnten.

Während eines über München niedergegangenen **Gewitters** ist Donnerstag mittag der **Turm** der aus dem 17. Jahrhundert stammenden **Neuheuser Pfarrkirche** in der Winnthirstraße **eingestürzt.**

Die Landjägerei **Duisburg** konnte ein Schmugglerauto stellen und einen der Schmuggler festnehmen. Das Schmugglerauto war am Führersitz nach allen Seiten mit 100 Millimeter starken **Panzerplatten kugelsicher** gemacht. Zahlreiche Einschußstellen lassen annehmen, daß das Schmugglerauto bereits früher beschossen wurde.

Die Schwester des Oberpfarrers von St. Nikolaus in **Aachen,** die allein im Pfarrhaus anwesend war, wurde am Donnerstagnachmittag von einem jungen Burschen **überfallen** und verletzt. Als die Kriminalpolizei den Täter, einen gewissen Heinrich Görz, in seiner Wohnung festnehmen wollte, **erschoß sich dieser** mit seiner Frau.

In **Halle** wurde die Frau des Lackiermeisters **Orthey** in der brennenden Wohnung **tot aufgefunden.** Orthey hat gestanden, daß er nach vorausgegangenem Streit seiner Frau in der Küche mit einem Holzhammer auf den Kopf geschlagen hat. Dann sei seine Frau hingefallen und er habe ihr, um sie am Schreien zu verhindern, den Hals zugehalten und sie schließlich mit einer Zelluloselösung übergossen und angezündet.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Freier Sparkassenverkehr
schon morgen Samstag

Durch die Verordnung des Reichspräsidenten über die Spar- und Girokassen vom 5. August 1931 ist den Sparkassen die Möglichkeit eröffnet worden, geeignete **Unterlagen** zu schaffen, durch die sie durch **Vermittlung der Akzept- und Garantiebank** bei der Reichsbank die nötigen **Kassenmittel** erhalten.

Es liegt daher — wie aus **Berlin** mitgeteilt wird — keine Notwendigkeit vor, den Zahlungsverkehr der Sparkassen weiter zu beschränken, zumal das Verhalten der Bevölkerung vom ersten Tage des freien Zahlungsverkehrs bei den Banken den Erwartungen entsprochen hat, die der Reichskanzler in seiner Rundfunkrede ausgesprochen hat, und auch anzunehmen ist, daß die Inhaber von Sparkonten und Sparbüchern **gleiche Besonnenheit** und das gleiche Vertrauen an den Tag legen werden. **Schon vom Samstag** ab soll der Zahlungsverkehr, soweit es sich um Guthaben aus Sparkonten und Sparbüchern handelt, **im wesentlichen so wie vor den Bankfeiertagen gestaltet werden.** Die Satzung der Sparkassen sieht bekanntlich vor, daß **innerhalb eines Monats bis zu 300 RM ohne vorherige Kündigung** abgehoben werden können, während die Abhebungen größerer Beträge von der Einhaltung gewisser Kündigungsfristen abhängig ist.

Eine Verordnung bestimmt:

Bis zum **Höchstbetrag von 300 RM** werden Zahlungen (Barzahlungen und Überweisungen) ohne vorherige Kündigung geleistet. Satzungsgemäße Bestimmungen, die den Anspruch auf eine Zahlung ohne vorherige Kündigung auf einen niedrigeren Betrag beschränken, bleiben unberührt.

Die Zahlung eines **höheren Betrages** als insgesamt eines Betrages von 300 RM innerhalb eines Zeitraums von einem Monat kann nur gefordert werden, wenn eine **rechtzeitige Kündigung** erfolgt ist. Die Kündigungsfrist beträgt, soweit keine längere Frist ausdrücklich vereinbart worden ist, für Beträge von mehr als 300 RM bis zu 1000 RM einen Monat, für Beträge über 1000 RM drei Monate.

Ist vor Inkrafttreten dieser Verordnung eine Kündigung erfolgt, so wird der Zeitraum vom 13. Juli 1931 bis zum 7. August 1931, soweit er in die Kündigungszeit fällt, nicht mitgerechnet.

Diese Verordnung tritt am 8. August 1931 in Kraft, zu derselben Zeit tritt Art. V der 7. Verordnung über die Wiederaufnahme des Zahlungsverkehrs nach den Bankfeiertagen vom 1. August 1931 (RGBl. I, S. 419) außer Kraft.

Die Devisenbewirtschaftung
Neue Richtlinien zur Lockerung

Die bei Inkrafttreten der Devisenverordnung an die Landesfinanzämter als Stellen für die Devisenbewirtschaftung gegebenen ersten Anweisungen konnten nur einen ganz vorläufigen Charakter tragen. Auf Grund der Erfahrungen der ersten Tage, an denen sich die Wiederaufnahme des freien Bankverkehrs ohne Reibungen vollzogen hat, und auf Grund inzwischen eingeleiteter Verhandlungen mit den Wirtschaftskreisen kann jetzt eine erhebliche **Lockerung in der Durchführung der Verordnung** eintreten, die ihren Ausdruck in Richtlinien findet. Die Änderungen, die jetzt vorgenommen wurden, betreffen einmal den **Transitverkehr.** Devisen, die nachweislich zwecks Transitverkehrs benötigt werden, sollen auf Grund einer **generellen Genehmigung** zugeteilt werden. Als Nachweis genügt die Bestätigung der **Handelskammer;** ferner wird eine Anweisung ergehen, daß generelle Genehmigungen erteilt werden für **fortlaufenden Zahlungsbedarf im Ausland** (z. B. Patente, Gehälter, Provisionen, Geschäftsreisespesen, Zölle, Transportkosten, Schiffsfrachten usw.). In diesen Fällen sind gesammelte Einzelaufstellungen nur zum Ende jeden Monats beizubringen.

Schließlich werden bei der Prüfung der Gesuche um Zuteilung von **Devisen für Importzwecke die Handelskammern** eingeschaltet werden. Diese sollen eine Vorprüfung der Gesuche vornehmen, die dann geschlossen und mit Vorprüfungsvermerk versehen der Devisenbewirtschaftungsstelle zur Entscheidung vorgelegt werden. Die Gesuche sollen **täglich** von der Handelskammer erledigt und jeweils im Laufe des Nachmittags von den Landesfinanzämtern nachgeprüft werden. Im übrigen wird von maßgebender Seite noch einmal versichert, daß es sich bei der ganzen Devisenbewirtschaftung für Importzwecke nur um eine **Notmaßnahme** handle, die möglichst schnell aufgehoben werden soll. Über die Gefahren dieser Notmaßnahme sei man sich im klaren.

Aus dem Inhalt der Richtlinien sei noch folgendes mitgeteilt: An eine Genehmigung nicht gebunden sind außer den Geschäften innerhalb der 3000-RM-Grenze vor allem die Geschäfte, die dazu dienen, Verbindlichkeiten zu erfüllen, die den Gegenstand der **Stillhaltevereinbarungen** bilden. Dazu gehören auch die kurzfristigen Verbindlichkeiten von Handelsfirmen gegenüber ausländischen Banken, die am 13. Juli 1931 bestanden. Anträge und Anfragen, die sich auf solche Verbindlichkeiten beziehen, sind an die Reichsbank zu richten. Die Genehmigung wird erteilt, soweit es sich handelt um Zinsen und Tilgungsbeträge für langfristige Anleihen, Zinsen, Spesen, Provisionen für nicht langfristige Kredite, Transportkosten, Gehälter, Provisionen an Vertreter deutscher Firmen im Auslande.

Nicht genehmigt wird die Tilgung nicht langfristiger Kredite, die **nicht aus dem Warenverkehr** entstanden sind. Versendung von Wechseln ins Ausland wird genehmigt, wenn die Wechsel der Prolongation eines bestehenden oder kurzfristigen Wechselkredits dienen oder wenn die Versendung zur Einlösung oder zur Wahrung von Wechselrechten notwendig ist.

Verbesserung der Devisenbewirtschaftungsstellen

Bei den Devisenbewirtschaftungsstellen mußten in den ersten beiden Tagen ihres Bestehens eine Unmenge neuer Aufgaben gelöst werden. Dazu kam noch eine große Fülle persönlicher Anfragen über den Inhalt der Devisennotverordnung, deren Erledigung gewisse Zeit beanspruchte. Wie aus Kreisen des Reichsfinanzministeriums mitgeteilt wird, ist jetzt dafür gesorgt worden, daß den **einzelnen Devisenbewirtschaftungsstellen genügend bankmäßig geschultes Personal** zur Verfügung gestellt wird, damit die Geschäfte sich reibungslos abwickeln lassen. In Orten, an denen sich das Bedürfnis notwendig machen wird, werden Zweigstellen errichtet werden.

Der Reichsrat genehmigte am Donnerstag die Verordnung zur **Abänderung der Reisekostenverordnung für die Reichsbeamten.** Diese Verordnung ist ein Teil des Ersparnisprogramms der Reichsregierung und setzt die Reisekosten der Beamten herab.

Besprechungen Dietrichs mit dem Mittelstand. Über eine Besprechung, die Reichsfinanzminister **Dietrich** am 26. Juli mit Vertretern des Mittelstandes gehabt hat, wird, da irreführende Darstellungen verbreitet wurden, berichtet:

Im Verlauf des Besuchs wurde auch die Frage der **Vergnügungs- und der Gemeindegetränkesteuer** erörtert. Minister **Dietrich** gab dabei der Ansicht Ausdruck, daß die Vergnügungssteuer nicht aufgehoben werden könne. Die Gemeindegetränkesteuer sei jedoch seiner Ansicht nach bei größerer Sparsamkeit der Gemeinden nicht nötig. Sie sei ein Notbehelf und ein Gradmesser der Notlage der Gemeinde-

Badischer Teil

Staatsbürgschaft für die Sparkassen

** Die **badische Regierung** hat am Donnerstag durch Notgesetz eine **Bürgschaft im Höchstbetrag von 27 Millionen Reichsmark für die badischen Sparkassen und ihre Girozentrale übernommen,** die diesen einen Wechselkredit in gleicher Höhe bei der Akzept- und Garantiebank in Berlin eröffnet. Die badischen Sparkassen sind durch diesen Vertrauensbeweis der Regierung in die Lage versetzt, auch den weitestgehenden Anforderungen, die etwa nach Wiederaufnahme des uneingeschränkten Zahlungsverkehrs an sie herantreten könnten, zu genügen. Bei der **besonnenen Haltung der Bevölkerung,** wie sie sich bereits den Banken gegenüber gezeigt hat, ist indessen, namentlich auch in Baden, mit Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß es zu einer **besonderen Inanspruchnahme der Sparkassen gar nicht kommt** und damit dieser Kredit, für den dem badischen Lande im Innenverhältnis die gesamte Sparkassenorganisation und ihre bürgenden Gemeinden haften, nur zu einem geringen Teil benötigt wird.

Zum Verbot der nationalsozialistischen Parteiuniformen

** Das in Baden gegenüber der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei und den ihr angeschlossenen Formationen erlassene Uniformverbot ist auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 ergangen. Es wird deshalb, wie wir von unterrichteter Seite erfahren, durch die gerichtlichen Entscheidungen nicht berührt, die die Gültigkeit früher ergangener außerbadischer Uniformverbote in Frage stellen.

Erweiterte Gültigkeit der Sonntagskarten anläßlich des Verfassungstages in Baden

Die Geltungsdauer der am **8. u. 9. Aug. gelösten Sonntagsrückfahrkarten** ist **bis Mittwoch, den 12. August,** vorm. 9 Uhr **ausgedehnt** worden. Durch diese erfreuliche Maßnahme ist es möglich, zu erheblich ermäßigten Fahrpreisen mehrtägige Erholungsaufenthalte zu nehmen und längere Wanderfahrten zu unternehmen.

Vorauszahlung auf die Aufbringungsumlage 1931

Das Reichsfinanzministerium teilt mit: Am 15. August 1931 wird die erste Rate der **Aufbringungsumlage für das Rechnungsjahr 1931** fällig. Da bis dahin die Einheitswerte nach dem Stande vom 1. Januar 1931 noch nicht festgestellt sind, ist bis zum 15. August 1931 eine Vorauszahlung in Höhe des Betrages zu entrichten, den der Aufbringungspflichtige am 15. Februar 1931 als zweiten Teilbetrag der Aufbringungsumlage für das Rechnungsjahr 1930 zu leisten hatte. Den Aufbringungspflichtigen wird ein entsprechender Bescheid in den ersten Tagen des August zugehen. Eine diesbezügliche Verordnung wird in den nächsten Tagen im Reichsgesetzblatt verkündet werden.

Wiederaufnahme des Postüberweisungsverkehrs nach dem Saargebiet

Der vorübergehend unterbrochene Postüberweisungsverkehr nach dem Saargebiet und dem Ausland wird ab 8. August von den Postscheckämtern wieder aufgenommen. Nach der Verordnung des Reichspräsidenten über die Devisenbewirtschaftung vom 1. August dürfen jedoch Überweisungen von einem Aussteller nur bis 3000 RM in einem Monat ohne weiteres ausgeführt werden. Bei höheren Beträgen ist dem Postscheckamt mit den Überweisungsaufträgen eine schriftliche Genehmigung der Stelle für Devisenbewirtschaftung (Landesfinanzamt) vorzulegen.

Aus der badischen Industrie

Stillgelegte Sägewerke. Infolge der wirtschaftlichen Notlage haben — wie aus **St. Blasien** gemeldet wird — eine ganze Reihe von Sägewerken im oberen Albtal den Betrieb eingestellt. So mußte auch das Sägewerk Thoma-Kutterau letzte Woche seinen Arbeitern kündigen.

Gemeinderundschau

Ein Bebauungsplan für das Rhein-, Kander- und Wiesental. Bei einer in **Lörrach** stattgefundenen Versammlung der Bürgermeister des Bezirks, deren Vorsitz Bürgermeister Kraus, Weil a. Rh., inne hatte, wurde zum Kapitel „Bebauungsplan der Städte und Gemeinden unter Berücksichtigung des modernen Verkehrs" in Aussicht genommen, einen **generellen Bebauungsplan** auszuarbeiten, in dem die **Hauptdurchgangsstraßen** des Rhein-, Kander- und Wiesentals festgelegt werden. Sämtliche Gemeinden des Amtsbezirks sollen dabei mitwirken. Die Versammlung erörterte sodann eingehend die vom Bezirksamt aufgestellte neue generelle Bauordnung für den Ortsbereich, über die Versicherung der Orts- und Landstraßen gegen Glatteis und äußerte ferner den Wunsch, auf den vom Wasser- und Straßenbauamt aufgestellten Wegweisern möge in Zukunft neben den Endpunkten auch die am Wege liegenden Hauptpunkte bezeichnet werden. Dies bedeutet eine wesentliche Erleichterung des Fernstraßenverkehrs.

Hüfingen zählt über 2000 Einwohner. Nach den neuesten Feststellungen zählt die Baargemeinde Hüfingen 2025 Einwohner; gegenüber dem Jahre 1910 hat die Bevölkerung um 31 Prozent zugenommen. Eine beträchtliche Vermehrung bei den Gebäudeversicherungswerten ist gleichfalls zu verzeichnen. Diese betrugen vor dem Kriege 4,2 Mill. RM. und heute 6,5 Millionen Reichsmark. Der Wertzuwachs ist in erster Linie auf den Bau des Sägewerks und der dazugehörigen Betriebs- und Wohngebäude zurückzuführen.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, vom Freitagmorgen: Die Wetterlage hat sich inzwischen wesentlich geändert und für Mitteleuropa wieder Sommermonsuncharakter angenommen. Das bisher nördlich von uns gelegene Hochdruckgebiet ist völlig verflacht; an seiner Stelle erstreckt sich von Skandinavien über Dänemark bis nach Deutschland eine breite Tiefdruckrinne. Im Rücken der Rinne sind über England kühlere maritime Luftmassen nach dem Festlande vorgedrungen. Die Hitze und Gewitterperiode der letzten Tage hat damit ihr Ende gefunden, wenn auch noch gelegentlich mit einzelnen örtlichen Gewitterbildungen gerechnet werden muß. **Voraussage:** Unbeständig, mäßig warm, strichweise Regen bei westlichen Winden.

Aus der Landeshauptstadt
Verfassungsfeier und Festkonzert im Stadtgarten

Das badische Staatsministerium veranstaltet zusammen mit der Stadtverwaltung am kommenden Dienstag, dem 11. August d. J., 20 Uhr (abends 8 Uhr), aus Anlaß des Verfassungstages ein **großes Stadtgartenfest** unter Mitwirkung des Gesangvereins „Junker & Ruh", des Gesangvereins „Liederkranz"-Daxlanden, des Männerchors des Arbeiterbildungsvereins (diese drei Vereine zu einem geschlossenen Chorkörper vereinigt) und des Arbeitergesangvereins „Lassallia". Der musikalische Teil wird von der **Badischen Polizeikapelle** bestritten. Wie in früheren Jahren, wird auch dieses Jahr wieder bei dem Feste eine der beliebten **bengalischen Beleuchtungen** des Sees und der Anlagen dem Abend ein besonders festliches Gepräge verleihen.

Das Programm, das dem Zweck und der Art der Feier angepaßt ist, wird mit dem Marsch „Vater des Vaterlands" von Obermusikmeister Johannes **Heisig** eröffnet und bringt u. a. eine Ouvertüre zu „Das Märchen von der schönen Melusine" von Mendelssohn, eine Fantasie aus der Oper „Der Prophet" von Meyerbeer, „Feierlicher Marsch" von Beethoven, Scherzo aus Opus 53 von Schubert, „Contre-Tänze" von Beethoven, eine Polonaise (Fackeltanz) von Heisig und das in Karlsruhe bei festlichen Anlässen früher schon aufgeführte, stets neu begehrte Wiener Gesangs-Walzerstück „An der schönen blauen Donau" (Männerchor mit Orchesterbegleitung) von Johann Strauß (vorgetragen von den Gesangvereinen „Junker & Ruh" und „Liederkranz"-Daxlanden mit Orchesterbegleitung der Polizeikapelle). Der Gesangverein „Lassallia" wird zwei größere Chöre („Walther von der Vogelweide" von Uthmann und „Die alten Straßen noch" von Grippekoven) zum Vortrag bringen. Weiter sind vorgesehen drei Volkschöre der eingangs erwähnten Gesangsgruppe, „Mein Lieben" von Türk und „Lebewohl" und „Untreue" von Silcher. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht die **Ansprache des Herrn Staatspräsidenten,** die durch Großlautsprecher in den Garten übertragen wird. Mit der „Potsdamer Wachtparade", einem Charakterstück von Bernhagen, klingt das Programm aus.

Um den bei gutem Wetter bestimmt zu erwartenden großen Andrang mühelos bewältigen zu können, werden am Abend sämtliche Stadtgarteneingänge geöffnet sein. Der Tiergarten (südlicher Teil des Gartens) wird abends, wie jeden Tag, mit Einbruch der Dunkelheit abgeschlossen. Der Eintrittspreis für das Stadtgartenfest mit Festkonzert beträgt für jedermann nur 20 Rpf. Musikzuschlag wird **nicht** erhoben.

Gleichzeitig sei auf das am Vormittag des Verfassungstages (von 11—12¼ Uhr) im Stadtgarten stattfindende **Konzert des Philharmonischen Orchesters** hingewiesen, für das Musikzuschlag ebenfalls nicht erhoben wird. Das übliche Nachmittagskonzert fällt wegen des Festkonzertes aus.

Friedrich Wolff 70 Jahre. Am morgigen Samstag begeht Fabrikant **Friedrich Wolff,** Teilhaber und Seniorchef der Firma Karlsruher Parfümerie- und Toilettenseifenfabrik F. Wolff & Sohn G. m. b. H., Karlsruhe, in voller Rüstigkeit und Frische seinen 70. Geburtstag. Der Jubilar, der einer altangesehenen Karlsruher Familie entstammt, erhielt eine sorgfältige kaufmännische Ausbildung und erweiterte seine Kenntnisse durch mehrjährigen Aufenthalt im Ausland, insbesondere in Frankreich, der Heimat der modernen Parfümindustrie. Bereits am 1. Januar 1882 trat er in die im Jahre 1857 gegründete Firma F. Wolff & Sohn — das Werk blickt im kommenden Jahre auf ein 75jähriges Bestehen zurück — ein. Seitdem hat er dem Unternehmen in nahezu 60jähriger Tätigkeit seine wertvolle Kraft gewidmet. Sein umfassendes Wissen und seine starke kaufmännische Begabung verhalfen in glücklicher Verbundenheit mit den anderen Mitinhabern der Firma mit zu der Weltgeltung, die sie heute besitzt. Aber auch um die Interessen der eigenen Branche, sowie um die deutsche und einheimische Wirtschaft erwarb sich der Jubilar reiche Verdienste: so bekleidet er das Amt des Vizepräsidenten der Handelskammer Karlsruhe, gehört als Vorstandsmitglied dem Verband Deutscher Feinseifen- und Parfümerie-Fabrikanten an, war lange Jahre als Handelsrichter tätig usw.

Kautionsschwindel und Zechprellerei. Vor einigen Tagen haben sich in einem hiesigen Hotel „2 Pärchen" eingemietet, die sich dort gütlich taten. Die beiden „Herren" gaben in einer hiesigen Zeitung ein Inserat auf, daß sie für eine Firma Vertreter suchen, denen bei einer Kautionsstellung von 500 RM ein Tagesverdienst von 20 RM zugesichert wurde. Vorgestern abend ist nun die saubere Gesellschaft unter Hinterlassung einer Miet- und Zechschuld von etwa 113 RM spurlos verduftet. Fahndung ist erlassen.

Sommer-Operette im Städtischen Konzerthaus. Am heutigen Freitag wird zum erstenmal die weinfröhliche Operette **„Der lachende Ehemann"** des Altmeisters Wiener Musik Edmund Eysler gegeben. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Jeßner, Ziegler, Jank und Kurr, sowie die Herren Löser, Lederer, Macher, Hertenstein, Schnitzer, Mehner und Reißner. Der Besuch der Vorstellung, die um 20 Uhr beginnt, erhält noch einen besonderen Anreiz dadurch, daß jeder 40. Käufer einer Tageskarte eine Freikarte der gleichen Platzgattung für eine beliebige Vorstellung erhält.

Kurze Nachrichten aus Baden
Wieder Unwetterschäden

bld. **Bermersbach i. M.,** 7. Aug. In der vergangenen Nacht haben sich **Unwetterschäden durch Erdrutsche** infolge der niedergegangenen reichen Niederschläge erneut eingestellt. Eine Heuscheune wurde fortgeschwemmt und der Lersbach mit seinem hohen Wasserstand setzte die Sägemühle unter Wasser und gefährdete sie derart, daß die Feuerwehr gerufen werden mußte, die für die Beseitigung der Ablaufstörungen sorgte. Das Holzlager wurde in Sicherheit gebracht.

bld. **Forbach i. M.,** 7. Aug. Das **Unwetter** in der Nacht auf Freitag hat der Gemeinde **Forbach** schweren Schaden zugefügt. Wolkenbruchartiger Regen machte die Bergwasser zu reißenden Flüssen, die viel Geröll mit sich führten, die Straßen im Orte überspülten und aufrissen. Das Vieh mußte in vielen Fällen aus den Ställen in Sicherheit gebracht werden. Mehrere Feldscheunen wurden weggerissen. **Zwei Handwerksburschen,** die in einer solchen Feldscheune übernachteten, wurden durch den Einsturz **schwer verletzt.** Der angerichtete Schaden wird auf etwa 100 000 RM. geschätzt.

DZ. **Bühl,** 7. Aug. In der Nacht zum Freitag gegen 3 Uhr ging über die **Bühler und Acherner Gegend** wieder ein **furchtbarer Wolkenbruch** nieder, der zur Folge hatte, daß die Büllot sehr stark anschwoll. In der Nähe von Bühl erfolgte ein Dammbruch, der das Eingreifen der Feuerwehr notwendig machte. Der Schaden an Feld und Flur und auch an den Reben ist wieder beträchtlich.

Der Badische Schuhmacherverband hält vom 15. bis 17. Aug. in **Mosbach** seinen 14. Verbandstag ab, mit welchem die Schuhmacherinnung Mosbach eine Warenschau verbindet.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

DZ. **Heidelberg**, 6. Aug. **Aus Anlaß des Verfassungstages** findet am Dienstag, den 11. August, vorm. 11 Uhr, im großen Saale der Stadthalle eine öffentliche Feier statt. Mittags ist im Stadtgarten Freikonzert, abends Schloß- und Brückenbeleuchtung mit Feuerwerk.

DZ. **St. Leon** (Amt Wiesloch), 6. Aug. Unsere Gemeinde steht mit einer **Tabakanbaufläche** von 7555 Ar unter den Tabakorten der badischen Pfalz an der Spitze. Sie verzeichnet in diesem Jahre eine ausnahmsweise **frühe Sandblätterernte**, die auch zur Zufriedenheit ausfällt. Der Spättabak ist etwas zurückgeblieben, doch setzt man noch große Hoffnung auf den August.

DZ. **Baden-Baden**, 6. Aug. Ein **schweres Automobilunglück** ereignete sich beim Kleinbahnübergang des Kieswerkes Hermann in Iffezheim. Das Auto der beiden Söhne eines Friseurmeisters aus Oos rannte in der Nähe des Kieswerkes mit voller Wucht auf einen Materialzug des Kieswerkes. Die **beiden Insassen** des Wagens sowie der **Chauffeur** wurden in **schwer verletztem Zustande** ins Krankenhaus verbracht.

DZ. **Breisach**, 6. Aug. Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung einem hiesigen Bauunternehmer endgültig die Arbeiten für die **Instandsetzung des historischen Rheintorgebäudes** übertragen.

DZ. **Freiburg i. Br.**, 6. Aug. Vor dem Schöffengericht hatte sich der Kassenrechner Otto **Deckert** aus Burkheim a. K. wegen **Unterschlagung und Urkundenfälschung** zu verantworten. Er führte die Kassengeschäfte der bäuerlichen **Bezugs- und Absatzgenossenschaft** in Burkheim a. K. und bei einer Revision war ein Fehlbetrag von 8551 RM. festgestellt worden. Der Angeklagte gab die ihm zur Last gelegten Straftaten teilweise zu, will aber nicht 8000, sondern nur etwa die Hälfte unterschlagen haben. Das Urteil lautete auf 8 Monate Gefängnis; von der Anklage der Urkundenfälschung erfolgte Freisprechung. Eine weitere Angeklagte, eine Frau **Pfeiffer**, erhielt wegen Anstiftung zur Unterschlagung, Hehlerei und Urkundenbeseitigung **4 Monate Gefängnis**.

bld. **Freiburg i. Br.**, 6. Aug. Die **Schauinslandbahn** beförderte heute seit Inbetriebnahme der Bahn ihren **200 000. Fahrgast**. Die Ferienzeit macht sich auch bei der Schauinslandbahn in einem guten Besuch bemerkbar.

bld. **Achdorf**, 7. Aug. Am 4. Januar 1930 wurde das althistorische Gasthaus **„Zur Scheffellinde"** durch Feuer zerstört. Die Freunde Scheffels und der Scheffellinde beklagten die im Scheffelzimmer verwahrten historischen Werte. Die neue Scheffellinde ist nunmehr im Rohbau erstellt. Ein hochragender Treppengiebel mit gut gelöster Aufteilung zeigt eine repräsentative Hauptfront. Das Wirtschaftsgebäude ist nicht mehr mit der Ökonomie verbunden. Die Zimmerverteilung läßt erkennen, daß die neue Scheffellinde eine recht gastliche Stätte werden wird, ein Ausruhnest, wie Scheffel es schon nannte. Mitte September werden die Handwerker fertig sein.

DZ. **Konstanz**, 6. Aug. Vor einigen Tagen stattete ein hier in Urlaub befindlicher Beamter mit seiner Gattin der Insel Reichenau einen Besuch ab und machte von dort aus eine Fahrt nach dem **Schweizer Ufer**. Als er in einem dortigen Restaurant zahlen wollte und kein Schweizer Geld hatte, wurde ihm nach langem Hin und Her eine Zehnmarknote für 10 Franken abgenommen. Dieser Fall zeigt wieder einmal, daß trotz der loyalen und entgegenkommenden Haltung der amtlichen schweizerischen Stellen immer noch **in gewissen privaten Schweizer Kreisen** aus der kritischen deutschen Wirtschaftslage Kapital geschlagen wird.

Handel und Wirtschaft

Börse und Geldmarkt

An den **Börsen** herrscht nach wie vor Ruhe, erzwungene Ruhe, weil ihre Eröffnung große Gefahren in sich schließen würde. An sich war das Geschäft an den Börsen vor ihrer Schließung nichts weniger als erheblich, jetzt aber könnte sich die Wiedereröffnung der Börsen verhängnisvoll auswirken. Sie könnten zu einem Tummelplatz für jene werden, die stets bereit sind, aus der Haut anderer Riemen zu schneiden. Ewig werden und können die Börsenfeiertage natürlich auch nicht dauern und mit dem fortschreitenden Erfolg der Maßnahmen, die die Reichsregierung durch Einlenkung des Geldverkehrs in normale Bahnen ergriffen hat, wird auch für die Effektenbörsen die Stunde der Freiheit wieder schlagen. Aber bis dahin müßte man schon zu einem einigermaßen normalen und erträglichen Diskontsatz zurückgekehrt sein, auch dürfte der freie Zahlungsverkehr keinerlei Schwierigkeiten mehr haben.

Geldmarkt. Nach vorausgegangener weiterer Erleichterung ist zunächst auch der Zahlungsverkehr der Banken vollständig freigegeben worden und es ist erfreulich, daß die Rückkehr zur Vernunft und Besonnenheit seitens des Publikums einen normalen Zahlungsverkehr und auch die Wiederherstellung des freien Sparkassenbetriebs ermöglicht haben. Eine neue Notverordnung befreit den Überweisungsverkehr zwischen den Sparkassen von seinen bisherigen Beschränkungen und verleiht den Sparkassen das Recht, Wechsel auszustellen und zu akzeptieren, das sie bisher nicht besaßen. Dadurch ist den Sparkassen der Weg zur Reichsbank über die Akzept- und Garantiebank eröffnet. Einen befriedigenden Eindruck machte der letzte Reichsbankausweis mit seiner Vermehrung des Goldstandes, seinem Rückfluß an Devisen und der sich gleichbleibenden Deckung für den Notenumlauf. Die Bank von England hat ihren Diskont von 3½ auf 4½ Prozent erhöht. Das Pfund Sterling war zeitweise Angriffen ausgesetzt, die zweifellos von französischer Seite stammten.

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 5. August d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 9¾ d bzw. für ein Gramm Feingold 32,7214 pence.

Diskonterhöhung der Bank von Indien. Die Imperialbank of India in **Kalkutta** hat den Diskontsatz von 6 auf 7 Proz. heraufgesetzt.

Der erste freie Zahlungstag. Ein über Erwarten erfreuliches Bild von dem sehr befriedigenden Verlauf des ersten freien Zahlungstages in ganz Deutschland ergibt sich aus der Tatsache, daß sich bei allen **Reichsbankanstalten** im Deutschen Reich die gesamten Tageszugänge im Bankverkehr am Donnerstag auf 86 Millionen Reichsmark stellten, die Abgänge dagegen nur auf eine Million Reichsmark. — Bei den **Sparkassen** verlief ebenfalls alles ruhig. Von einigen Stellen wird gemeldet, daß bereits ausgesprochene Kündigungen von Spargeldern wieder zurückgezogen wurden. Die Reichsregierung hat deshalb beschlossen, den vollen Zahlungsverkehr für die Sparkassen nicht erst am Montag, sondern schon **am Samstag** eintreten zu lassen. Besonders bemerkenswert ist die Tatsache, daß **ausländische Noten** an den Bankkassen in sehr starkem Umfange wieder angeboten werden.

Die Wiederaufnahme des handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfts in Getreide vollzog sich, wie aus **Berlin** gemeldet wird, ruhig und glatt. Die Preisdifferenzen gegenüber der letzten Notierung vom 13. Juli betrugen bei Weizen 23 bis 24 RM, bei Roggen 12 bis 15 und bei Hafer 11½ bis 13 RM je Tonne. Das Geschäft kam verhältnismäßig schnell wieder in Gang und im Marktverlauf zeigte sich für Roggen eine beachtenswerte Befestigung. In Marktkreisen glaubt man nicht, daß Exekutivmaßnahmen größeren Umfanges erforderlich sein werden.

Ein Badener in den Wirtschaftsbeirat der Bank für Industrieobligationen berufen. Fabrikant Dr. jur. und phil. Albert **Hackelsberger** in **Oeflingen** (Amt Säckingen) ist als Vertreter der Badischen Wirtschaft in den Wirtschaftsbeirat der vom Reich gegründeten Bank für Industrieobligationen in Berlin berufen worden.

Ein eigenes Devisenkommissariat für Mannheim. Wie wir aus **Berlin** hören, schweben Erwägungen, wonach außer Frankfurt a. M. auch **Mannheim** ein **eigenes Devisenkommissariat** erhalten soll.

Gegen den hohen Vermahlungszwang haben Stadt und Handelskammer Mannheim eine Eingabe an die Reichsstellen gerichtet, in der es heißt: „Die rheinischen Mühlen, die durch die Maßnahmen auf agrarpolitischem Gebiet schon seit geraumer Zeit schwer um ihre Existenz ringen, fürchten infolge der jüngsten Festsetzung des Vermahlungszwanges von 97 Prozent ab 15. August, völlig zum Erliegen zu kommen. Die durch die Presse bekanntgewordene Absicht, das Exportventil zur Erleichterung des Saisondrucks zu öffnen und zur teilweisen Wiederherstellung der lebenswichtigen Interessen der Wasserstraßenmühlen das Tauschverfahren Inlands- gegen Auslandsweizen zuzulassen, muß nun sofort verwirklicht werden, damit ab 15. August kein Vakuum entsteht."

Der Deutsche Tabakbauverband tagt. Die 14. Jahreshauptversammlung des Deutschen Tabakbauverbandes — **Sitz Karlsruhe** — findet trotz mancher Bedenken, die mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage zusammenhängen, wie vorgesehen, in **Nürnberg** am 9. und 10. August statt. Die Tagesordnung sieht neben geschäftlicher Berichterstattung ein Referat von Herrn Dr. **Böning**, Landesanstalt für Pflanzenbau und Pflanzenschutz München, über „Krankheiten des Tabaks und Maßnahmen zu ihren Bekämpfungen" vor. Am Sonntagnachmittag findet in Schwabach eine öffentliche Tabakpflanzerversammlung mit einem Vortrag von Ökonomierat Hoffmann (Speyer a. Rh.) statt. Der Montag wird zu einer Besichtigungsfahrt durch das rechtsrheinische Tabakanbaugebiet in der Nürnberger Gegend benutzt. Der Vorsitzende des Deutschen Tabakbauverbandes, Präsident Dr. **Müller**, sowie der Geschäftsführer, Oberlandwirtschaftsrat **Meisner** (Karlsruhe) werden außerdem noch nähere Ausführungen über die augenblickliche Lage des Tabakabsatzes und der Inlandstabakverwertung machen.

Staatsanzeiger

Losvertrieb.

Dem katholischen Fürsorgeverein für Mädchen, Frauen und Kinder in Hamburg wurde die Erlaubnis zum Losvertrieb in Baden erteilt.

Karlsruhe, den 4. August 1931.

Der Minister des Innern.
J. V.: Weitzel.

Am 6. August verschied nach schwerer Krankheit unser Amtsgenosse

Herr Professor

Oskar Modrow

16 Jahre hat er unserer Schule angehört und ihr die beste Kraft seiner Mannesjahre geopfert. Den in Unterricht, Erziehung und Führung der Jugend vorbildlichen Lehrer und warmherzigen Freund behalten wir immerdar in treuer Erinnerung.

Das Kollegium der Goethe-Schule
Ott.

L.352

Die Feuerbestattung findet am Samstag, den 8. August, um 11 Uhr, statt.

Samstag Schluss!

.... und noch einmal ergeht unser Ruf an alle Kunden: lediglich ein Tag bleibt Ihnen noch für äußerste Sparsamkeit durch Ausnutzung des Saison-Ausverkaufs!! Sehen nicht in Ihren Geldbeutel — für unsere Angebote reicht das Geld!

KNOPF

353

Wir werben für Sie!

LVK

Wir empfehlen unseren Mitgliedern:

Holl. Vollheringe	neue	Stück	10 Rpf
Kartoffeln	neue	Pfund	4 Rpf
Zwiebeln	neue	Pfund	8 Rpf
Tomaten	. . . . .	Pfd.	20 Rpf
Kräuter-Einmachessig		Liter	40 Rpf

Sonder-Angebot:
Bananen erste Qualität (keine kanarischen) solange Vorrat . . . . Pfund **34** Rpf

Warenabgabe nur an Mitglieder

L.351

Lebensbedürfnisverein

B.54. **Karlsruhe.** Über das Vermögen der offenen Handelsgesellschaft **Gebrüder Boschert**, Kontor- und Haushaltungs-Einrichtungsgeschäft in Karlsruhe, Passage 10—18, sowie deren Inhaber, Hermann Boschert, Kaufmann, Karlsruhe, Schützenstraße 50 und Otto Boschert, Kaufmann, Karlsruhe, Kriegsstr. 274, wurde heute vormittag 10½ Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Vertrauensperson ist Bücherrevisor Otto Marx, Karlsruhe, Bad. Handelshof. Vergleichstermin ist am **Dienstag, den 8. September 1931, vorm. 11 Uhr**, Akademiestraße 8, II. Stock, Zimmer 139. Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst Anlagen sowie das Ergebnis der weiteren Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt. Karlsruhe, den 5. August 1931. **Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 1.**

B. 55. **Karlsruhe.** Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Ludwig Gräber**, Inhaber Ludwig Gräber jr., Kaufmann, Teutschneureut, ist zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen sowie zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen, Schlußtermin bestimmt auf: **Freitag, den 28. August 1931, vorm. 11 Uhr**, vor dem Bad. Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestr. 8, II. Stock, Zimmer Nr. 150. Die Auslagen des Konkursverwalters wurden auf 250 RM, seine Vergütung auf 80,25 RM festgesetzt. Karlsruhe, den 1. August 1931. **Geschäftsstelle Bad. Amtsgericht A 5.**

Schwetzingen. R.600
Güterrechtsregistereintrag Band III, Seite 4: **Müller** Georg, Chauffeur in Schwetzingen und Mina geb. Fichtner. Vertrag vom 29. Juli 1931: Gütertrennung. Schwetzingen, den 5. August 1931.
Bad. Amtsgericht 1.

Sommer-Operette im Städt. Konzerthaus

Samstag, 8. August 1931

Die lustige Witwe

Operette von Franz Lehár

Dirigent: **Zilzer**

Regie: **Reißner**

Mitwirkende:

Löser, Jank, Macher, Jeßner, Hertenstein, Schneitz, Schnitzer, Kurr, Mehner, Ziegler, H. Lindemann, E. Rivinius, Reißner, H. Rivinius, Cortiaux, Motschmann, Hellmuth, Tubach, E. Lindemann, Köhler, E. Rivinius.

Anfang 20 Ende 22¾

Preise: 1—4 RM

So. 9. 8. Der lachende Ehemann.

Druck G. Braun, Karlsruhe.